

Kriete klagt gegen Landkreis

Seedorfer Recycling-Unternehmen sieht sich bei Planungen für Deponie Haaßel getäuscht

SEEDORF/ROTENBURG. Darf der Landkreis der Firma Kriete Kaltrecycling die Zufahrt zur geplanten Deponie in Haaßel verweigern? Diese Frage wird jetzt vor Gericht entschieden. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, hat es beim Landgericht Verden Zivilklage eingereicht. Überdies hält es sich Schadensersatzforderungen vor. In seiner Begründung verweist Kriete auf Zusagen des Landkreises und pocht auf die Einhaltung von Verträgen.

Überraschend ist die Entscheidung des Seedorfer Unternehmens nicht, nun über den Klageweg eine Zufahrt zu der geplanten Deponie zu kommen. Erst kürzlich hatte Erster Kreisrat Dr. Torsten Lühring deutlich gemacht, dass er mit einem solchen Schritt rechnet. Die Firma sieht sich vom Landkreis getäuscht.

Im Dezember 2009 sei man auf Basis eines einstimmigen Kreistagsbeschlusses ermutigt worden, bei Haaßel Flächen für die Errichtung einer Bodendeponie der Deponieklasse eins zu kaufen, erinnert Geschäftsführer Christian Ropers in einem Presseschreiben.

Inzwischen sei sogar ein Vertrag mit der Recyclingfirma geschlossen worden. Von dem wolle Rotenburg nun offenbar nichts mehr wissen: Im Dezember lehnte es der Kreistag ab, Kriete die Nutzung der kreiseigenen Straße zu dem geplanten Deponiegelände zu erlauben. Sie ist die einzige



Sehen keine Alternative zur Klage: Christian Ropers (links) und Drewes Kriete von der Firma Kriete Kaltrecycling.

Zufahrt, die 1995 eigens für eine damals vorgesehene Hausmülldeponie gebaut worden sei.

Verweis auf Kaufvertrag

Ohne diese so genannte Erschließungsbaulast sind die Flächen, die die Seedorfer 2010 erworben haben, wertlos. Dabei ging es in dem Kaufvertrag laut Ropers auch um die Erreichbarkeit des Areals. Es wurde vereinbart, eine Regelung für die Erschließungs- und Unterhaltungskosten zu finden. Im Herbst 2011 habe die Kreisverwaltung eine unterschrittsreife Vereinbarung vorgelegt, wonach Kriete die Kosten für die Straße übernommen hätte. „Die öffentliche Hand wäre nicht belastet worden.“

Was fehlte war die Genehmigung, die Straße nutzen zu dür-

fen. Für das Unternehmen angesichts der Vorgeschichte eine Formsache, für die Kreispolitiker dagegen der letzte Trumpf, den Deponieplanungen einer Riegel vorzuschieben. Denn inzwischen waren rund um Haaßel massive Bürgerproteste laut geworden und auch die Politik sah sich getäuscht. Als die Abgeordneten im Zuge des Genehmigungsverfahrens vom federführenden Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg die Planunterlagen auf den Tisch bekamen, war die dargestellte Deponiefläche gut doppelt so groß wie jene, von der sie 2009 ausgegangen sind. Auch überraschte die Liste mit Stoffen, die in Haaßel deponiert werden können – auch wenn die Planer beteuerten, dass davon real nur ein geringer Teil angeliefert werde.

Heute geht es zwar wieder um eine „kleine Deponielösung“, im Kreistag sehen viele den Standort Haaßel gleichwohl vorerst „verbrannt“ – und nutzten den in ihren Augen letzten Trumpf. Ob dies rechtens ist, muss jetzt das Gericht entscheiden. Die Firma Kriete sieht zu

diesem Weg keine Alternative. „Regional tätige Unternehmen benötigen die Gebietskörperschaften und deren Politiker als zuverlässige Partner, um ihre unternehmerische Tätigkeit verantwortungsvoll planen zu können. Es ist die Politik, die die Richtlinien des politisch Ge-

» In einem Rechtsstaat hat sich auch die öffentliche Hand an Recht, Gesetz und Verträge zu halten. Wir sind guter Hoffnung, dass sich das Landgericht Verden unserer Rechtsaufassung anschließen und deutliche Worte findet. «

CHRISTIAN ROPERS

wollten und gesellschaftlich Sinnvollen vorgibt. Dies hat der Kreistag 2009 getan, der Bedarf für Bodendeponien der Deponieklasse 1 in Niedersachsen und gerade auch in unserer Region war ja objektiv festgestellt“, unterstreicht Ropers, der einige Dokumente ins Internet gestellt hat und hervorhebt: „Wir stehen nach wie vor für einen Dialog zur Verfügung.“ (oer) www.kriete-bau.de